

*Imke Sturm-Martin*

## Annäherung in der Diversität

### Europäische Gesellschaften und neue Zuwanderung seit dem Zweiten Weltkrieg

Migrationen haben die europäische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert geprägt. Das Phänomen Migration reicht tief in die Geschichte zurück, die Mobilität auch über weite Strecken ist eine anthropologische Konstante. Seit der frühen Neuzeit ist Europa Schauplatz von grenzüberschreitenden »Migrationssystemen«<sup>1</sup>, deren Radius sich mit der Revolution des Transportwesens immer mehr vergrößerte. Im 19. Jahrhundert weitete sich die Perspektive der Mobilen bis über den Atlantik, die Auswanderung aus Europa nach Übersee wurde zum Massenphänomen. Im 20. Jahrhundert trat zur massenhaften Flucht vor Not und Armut die massenhafte Flucht vor Verfolgung und Repression. Als »Jahrhundert der Flüchtlinge« geht das 20. Jahrhundert in die Migrationsgeschichte ein, Europa war während der ersten Jahrhunderthälfte die Drehscheibe dieser erzwungenen Migrationen. In diesem Zeitraum existierten auf dem europäischen Kontinent Orte der Vertreibung und Orte der Zuflucht nebeneinander, entsprechend groß waren die nationalen Diskrepanzen hinsichtlich der europäischen Migrationsgeschichte. Als sich mit den Jugoslawienkriegen am Jahrhundertende wieder eine innereuropäische Fluchtsituation ergab, hatten sich die nationalen Unterschiede hinsichtlich der Themen Einwanderung und Minderheiten längst verflacht. Für die zweite Jahrhunderthälfte ist kaum zu übersehen, wie sich einerseits die Brennpunkte der Migration zunehmend auf den Globus verteilten, und sich andererseits innerhalb Europas die zunächst stark divergierenden Migrationsgeschichten europäischer Gesellschaften aufeinander zu bewegten. Wie auf vielen anderen Gebieten wurde auch für den Bereich der Migration, für politische Regulierungsversuche und für den Umgang mit zugewanderten Minderheiten eine wachsende Ähnlichkeit der europäischen Gesellschaften konstatiert. In der Gegenwart sind alle westeuropäischen Länder – trotz der verschiedenen Ausgangspositionen nach dem Zweiten Weltkrieg – inzwischen zu Einwanderungsländern geworden, überall in diesem westlichen Europa finden sich multiethnische Gesellschaften.

Im Folgenden sollen die Mechanismen dieser Angleichung genauer untersucht werden. Migration hat insbesondere im 20. Jahrhundert die europäischen Gesellschaften verändert: Welches sind die Bestimmungsfaktoren dieser Veränderung, wo in Europa wurden Wegmarken gesetzt für eine europäische Nachkriegsmigrationsgeschichte? Die zunehmende innereuropäische Ähnlichkeit von Migrationsgeschehen, von Migrations- und Integrationspolitik vollzog sich vor dem Hintergrund der institutionalisierten Zusammenarbeit auf wirtschaftlicher und politischer Ebene, gleichzeitig aber auch vor dem Hintergrund einer zunehmenden Annäherung der konsumorientierten Lebensstile in Industriegesellschaften weltweit. Die Verfügbarkeit von Infrastruktur und Transportmitteln auf der einen Seite, die Zugänglichkeit von Informationen andererseits haben internationale Migration global zu einem Teil dieses Lebensstils werden lassen. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts sind in den Staaten des westlichen Europas die statistischen Größen von eingewanderten Minderheiten, die Altersstruktur der Bevölkerung, Rahmendaten des Arbeitsmarktes und die Parameter gesellschaftlicher Integration, derart ähnlich, dass die Versuchung groß ist, von europäischen Entwicklungen zu sprechen.

---

1 *Jan Lucassen*, *Migrant Labour in Europe 1600–1900. The Drift to the North Sea*, London 1987.

## I. MIGRATION UND MINDERHEITEN IN DER FRÜHEN NACHKRIEGSZEIT

Die Situationen der Gegenwart erscheinen ähnlich, der gemeinsam zurückgelegte Weg ist jedoch in der historischen Perspektive nur kurz. Vor allem in den ersten Nachkriegsjahrzehnten lassen sich viele nationale Spezifika entdecken, und es überwiegen im europäischen Vergleich die Unterschiede. Europa war auf der Linie Alpen-Pyrenäen in Einwanderungs- und Auswanderungsländer getrennt, eine schon klassisch gewordene Kategorisierung der europäischen Nachkriegsmigration, die – angelehnt an das nachholende Wirtschaftswachstum der südeuropäischen Länder – die seit den siebziger und achtziger Jahren erfolgte Angleichung an das Leitmodell Nordmitteleuropa auch hinsichtlich des Wanderungssaldos beobachtet.<sup>2</sup> Seit den siebziger Jahren nehmen für den gesamten westeuropäischen Bereich die Gemeinsamkeiten zu, die Charakteristika der zuvor klar abgegrenzten Großregionen verwischen sich und es zeigt sich eine deutliche Tendenz der Annäherung.

Wenn wir aber die Migrations- und Minderheitengeschichte Europas nach dem Zweiten Weltkrieg nur als Teilgeschichte der wirtschaftlichen Süd-Nord-Angleichung verstehen, schwimmt sie in der *master narrative* einer globalen Migrationsgeschichte von Armutswanderung und Wachstum durch Mobilität von Menschen, Geld und Wissen. Tatsächlich zeichneten die Binnenwanderungen, die grenzüberschreitenden Wanderungen, der Umgang mit Minderheiten und die Migrationspolitik im Europa der Nachkriegszeit ein außerordentlich komplexes Bild mit sehr deutlich europäischen Zügen. In Auseinandersetzung mit der Nachkriegsmigration sind die europäischen Gesellschaften zuerst einzeln europäischer, dann gemeinsam globaler geworden. Die traditionelle Nord-Süd-Trennlinie behielt dabei ihre Relevanz hinsichtlich der wirtschaftlichen Aspekte der Migrationsgeschichte. Bislang zu wenig beachtet ist aber die Vorreiterrolle der Einwanderungs- und Minderheitenpolitik von Frankreich und Großbritannien im Rahmen einer europäischen Gesellschaftsgeschichte der Nachkriegszeit. Hier begann nach dem Zweiten Weltkrieg die substantielle Einwanderung aus Übersee nach Europa, hier wurde Jahrzehnte früher als anderswo in Europa über Einwanderungsbeschränkungen nachgedacht, Jahrzehnte früher wurde hier das Zusammenleben in multiethnischen Großstädten verhandelt. Wie bedeutend die Nachkriegsmigration für eine europäische Gesellschaftsgeschichte ist, zeigt sich insbesondere am britischen und französischen Fall. Über die Auseinandersetzung mit dem vermeintlich Fremden vollzog sich im Nachkriegseuropa der traumatische Abschied von den geopolitischen Parametern einer eurozentristischen, imperial geprägten Welt.

*Europäische Diskrepanzen*

In den ersten beiden Jahrzehnten nach Ende des Zweiten Weltkriegs überwogen hinsichtlich der Zuwanderung und des Umgangs mit Minderheiten die Unterschiede innerhalb der europäischen Staaten. Einer der Indikatoren dieser Unterschiedlichkeit ist die Wahl des Wanderungsziels durch die Migranten. Vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis in die siebziger Jahre hinein entschieden sich europäische und nichteuropäische Migranten für bestimmte Länder auf dem europäischen Kontinent. Diese Wahl erlaubt einige Rück-

2 Überblicke bieten z. B. *Anna Triandafyllidou/Ruby Gropas* (Hrsg.), *European Immigration. A Sourcebook*, Aldershot 2007, *Hartmut Kaelble*, *Migration*, in: ders., *Sozialgeschichte Europas 1945 bis zur Gegenwart*, München 2007, S. 239–266, vgl. auch die Darstellungen größerer Zeiträume bei *Dirk Hoerder*, *Cultures in Contact. World Migrations in the Second Millennium*, Durham 2002, und *Klaus J. Bade*, *Europa in Bewegung. Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, München 2000; zur Periode der Nachkriegszeit vgl. insbesondere *Stephen Castles*, *The Age of Migration*, 4., überarb. Aufl., Basingstoke 2009 (zuerst 1998); *Heinz Fassmann/Rainer Münz* (Hrsg.), *European Migration in the Late Twentieth Century*, Aldershot 1994.

schlüsse auf das Verhältnis von Einwanderer und Aufnahmeland und zeigt die Diversitäten, wie sie in den ersten Nachkriegsjahrzehnten innerhalb Europas bestanden. Während die individuellen Motive der Zuwanderer sich international weitgehend glichen in einer Prävalenz der Suche nach einem zeitlich begrenzten, gut bezahlten Auslandsaufenthalt mit Rückkehrperspektive, ergaben sich je nach Herkunftsland unterschiedliche Tendenzen, für welches Zielland Migranten sich entschieden.

Die Migranten aus Übersee, die ihre Schiffspassagen und Flugtickets nach Großbritannien und Frankreich buchten, waren in den ersten Nachkriegsjahrzehnten auf ihr spezifisches Zielland festgelegt, denn sie durften dort mit einigen aus der kolonialen Tradition stammenden Privilegien rechnen. Anders gelegen waren dagegen die Motive der Ziellandwahl bei den in Südeuropa angeworbenen Arbeitskräften: Portugiesen, Spanier, Italiener, Griechen, Jugoslawen und Türken wanderten in die Länder, in denen bereits Verwandte und Freunde lebten oder in denen passende Arbeitsverhältnisse auf sie warteten, vornehmlich in die Bundesrepublik Deutschland, nach Belgien, Schweden oder in die Schweiz. Die Anwerbeländer waren in der Phase der Arbeitskräfteerkrutierung zwischen 1945 und 1973/74 genauso wenig wählerisch hinsichtlich der Herkunftsnationen der »Gastarbeiter« wie die Migranten selbst. Beide Seiten betrachteten diese Migration als einen zeitlich begrenzten Handel und wollten ihren Irrtum mitunter lange nicht eingestehen. Die Migranten pflegten die Illusion der Rückkehr noch, als der individuelle Lebensmittelpunkt längst nicht mehr zu verpflanzen war, die Administratoren der Rekrutierung übersahen den Prozess der Sesshaftwerdung, vielerorts in Europa zeigten sich diese Entwicklungen.

In Frankreich und Großbritannien stand das Aushandeln von Fremdheit und Zugehörigkeit, von Teilhabe und Ausschluss für eine große Gruppe der Zuwanderer unter dem zusätzlichen Aspekt der postkolonialen Bindung. Viel früher als im übrigen Europa entstand in diesen beiden Ländern eine Auseinandersetzung mit der neuen Einwanderung. Die imperiale Vergangenheit (und bis in die sechziger Jahre hinein beispielsweise für die karibischen Territorien noch Gegenwart) war ausschlaggebend für grundsätzlich unterschiedliche Bedingungen der Migrations- und Minderheitengeschichte innerhalb Europas in der frühen Nachkriegszeit: Es entstanden in einigen europäischen Ländern privilegierte Zuwanderungsbedingungen für außereuropäische Migranten, in anderen nicht. Früher als in anderen europäischen Ländern ergaben sich dort auch besondere Anforderungen und Lösungsansätze in der Minderheitenpolitik. In der Rückschau erscheinen Großbritannien, Frankreich und – unter etwas anderen Vorzeichen – auch die Niederlande als eine Art Avantgarde der europäischen Migrationsentwicklung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Die Länder ohne koloniales Erbe lassen sich nach den Richtungen der europäischen Binnenmigration kategorisieren. Durch die zeitliche Verschiebung von Konjunkturwachstum und industrieller Expansion entstand für zwei bis drei Jahrzehnte zwischen Nord- und Südeuropa eine virtuelle Grenze an Alpen und Pyrenäen, die die westeuropäischen Länder in Herkunfts- oder Zielländer einer umfangreichen Arbeitskräftemigration einteilte. Anders als bei den postkolonialen Wanderungen, die erst nach dem Zweiten Weltkrieg massiv einsetzten und als typische Erscheinung der zweiten Jahrhunderthälfte eingeordnet werden können, hat der Trend der innerkontinentalen Arbeitskräftemigration Wurzeln bis zurück in die Frühzeit der Industrialisierung, als zur Mobilität einzelner Spezialisten (wie den französischen Scherern in der Textilregion Aachen im späten 17. Jahrhundert oder den Rauchfangkehrern aus der Schweiz in der Stadt Wien im 18. und 19. Jahrhundert) und zusätzlich zu den traditionellen saisonalen, oft grenzüberschreitenden Wanderungen von Erntehelfern eine zunehmende Wanderung von Industriearbeitern einsetzte.<sup>3</sup>

3 Hannelore Oberpenning, »People were on the move«. Wanderhandelssysteme im vor- und frühindustriellen Europa, in: IMIS-Beiträge 18, 2001, S. 123–140, URL: <<http://www.imis.uniosnabrueck.de/pdf/iles/imis18.pdf>> [22.5.2009].

Seit dem frühen 19. Jahrhundert wanderten irische Arbeiter in die englischen Industriezentren, im späten 19. Jahrhundert begann die Wanderung von Polen aus den preußischen Ostprovinzen in die westdeutschen Industriezonen. Zeitgleich setzte die massive Auswanderung aus Italien ein, die neben Zielen in Übersee vor allem nach Frankreich gerichtet ist. Iren in England, »Ruhrpolen« in der westdeutschen Bergbauregion und Italiener im östlichen Frankreich, in Paris oder in der Provence lebten oft über lange Zeiträume in Einwandererkolonien, die als Anlaufstellen für die neuen Zuwanderer dienten sowie durch Pendel- und Rückwanderung in engem Kontakt mit der Heimatregion blieben und die ›Fremdheit‹ ihrer Bewohner in den Augen der Aufnahmegesellschaft bewahrten. So unterschiedlich sich die Eingewanderten in ihren ethnisch-kulturellen Eigenarten präsentierten, so ähnlich waren die Reaktionen in den Aufnahmegesellschaften in Form von ethnischer und religiöser Diskriminierung, wie sie die genannten Iren, Polen und Italiener an ihren Zielorten erfuhren.<sup>4</sup> In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zeigten sich immer extremere Zuspitzungen der hinter diesen Diskriminierungen stehenden Ideologien von ethnischen Hierarchisierungen und nationaler Homogenität, die von restriktiven Tendenzen in der Ausländerpolitik zu Massenumsiedlungen, Flucht und Völkermord reichten und im Rassenwahn der Nationalsozialisten und dem Holocaust gipfelten. Der Zweite Weltkrieg bedeutete migrationshistorisch einen tiefen Einschnitt, zumal mit dem Eisernen Vorhang viele der traditionsreichen Migrationssysteme zwischen Ost und West durchtrennt wurden. Die überkommenen negativen Konnotationen von Fremdheit erwiesen sich hingegen vielfach als langlebig.

Das westliche Europa erschien in der Phase nach dem Zweiten Weltkrieg zweigeteilt zwischen Auswanderung und Einwanderung. Tatsächlich ähnelten sich die Länder beiderseits der Alpen-Pyrenäen-Linie aber durchaus, und trotz der gegensätzlichen Wanderungsbilanz waren sie sich einig in ihrer Fokussierung auf das Wirtschaftswachstum. Die Arbeitskraft als internationale Tauschware, wie sie folgerichtig 1957 auch zwischen den sechs Gründungsmitgliedern der EWG vertraglich festgeschrieben wurde, ist ein Symptom dieser Einstellung. Auch Frankreich gehörte zu den Rekrutierungsländern, aber gleichzeitig wurde hier wie in Großbritannien mit der Zuwanderung aus den Kolonialreichen die Dekolonisierung zum gesellschaftlichen Thema, anders als in den europäischen Nachbarländern kann hier die Migration nicht als ein rein wirtschaftliches Phänomen eingeordnet werden.

## II. POSTKOLONIALE MIGRATION: »WITH EUROPE, BUT NOT OF IT«<sup>5</sup>?

Die Migration aus Gebieten, die entweder noch unmittelbar politisch-administrativ oder als ›unabhängige‹ neue Staaten wirtschaftlich an die europäischen Zielländer angebunden waren, entstand aus demselben Gefälle von Arbeitsplatzangebot und Einkommenshöhe, das auch bei der rekrutierten europäischen Binnenmigration der fünfziger und sechziger Jahre wirkte. Doch der Blick auf die ›kolonialen‹ Migranten war von Beginn an in den westeuropäischen Ländern ein anderer. Während die südeuropäischen Arbeitskräfte auf ihre wirtschaftliche Funktion reduziert wurden, brachten die Einwanderer aus Nordafrika, aus der Karibik und aus Südasien ein ›koloniales‹ Gepäck mit, für das die westeuropäischen Regierungen über einen Zeitraum von mehreren Jahrzehnten keine geeignete Un-

4 *Leo Lucassen*, *The Immigrant Threat. The Integration of Old and New Migrants in Western Europe since 1850*, Urbana/Chicago 2005, S. 100 f.

5 *Winston Churchill*, *The United States of Europe*, in: *The Saturday Evening Post* vom 15.2.1930, zit. nach Clemens Wurm, *Großbritannien, Frankreich und die westeuropäische Integration*, Berlin 1992, S. 20, URL: <<http://edoc.hu-berlin.de/humboldt-vl/wurm-clemens/PDF/Wurm.pdf>> [20.6.2009].

terbringungsmöglichkeit fanden. Die intensive öffentliche Auseinandersetzung drehte sich dabei um wenige Angelpunkte und führte zu einer fortwährenden Verhandlung von nationalen, globalen und europäischen Identitäten.

Ein zentrales Thema der Auseinandersetzung über die Migration, das in den ersten Nachkriegsjahrzehnten in Europa nur Großbritannien und Frankreich betraf, war die nationale Zugehörigkeit und ihre rechtliche Definition in der Staatsbürgerschaftsgesetzgebung.<sup>6</sup> Was hier bereits wenige Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg relevant wurde, gewann in anderen europäischen Ländern erst gegen Ende des 20. Jahrhunderts an Bedeutung, als Rolle und Funktion nationaler Zugehörigkeiten im Rahmen von Sozialstaat, Zuwanderung und internationaler Mobilität neu verhandelt wurden.<sup>7</sup> Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Integration Europas und der rasant gewachsenen Durchlässigkeit nationaler Grenzen für Wirtschaftsgüter entstand zu diesem späten Zeitpunkt in ganz Europa ein neuer Abgrenzungsbedarf in der Zuwanderungspolitik.<sup>8</sup> Bereits in den fünfziger Jahren wurde mit den postkolonialen Zuwanderern nach Großbritannien und Frankreich der europäische Wohlstandsvorsprung evident, jedoch in kolonialer Tradition als Zivilisationsgefälle zwischen Mutterland und Kolonie verstanden. Diese ›kolonialen‹ Zuschreibungen waren ein frühes Beispiel moderner Identitätsunsicherheit, wie sie aus den »ungeheuer raschen, tiefgreifenden und beispiellosen sozioökonomischen Veränderungen, die für das dritte Viertel unseres Jahrhunderts so typisch waren« entstanden.<sup>9</sup> Die für die Industrieländer in diesem Zeitraum charakteristische Furcht vor kulturellem Identitätsverlust fand in den als fremd erscheinenden Zuwanderern ein ideales – weil zunächst passives – Objekt.

In beiden Ländern standen dabei die Strategien des kolonialen Rückzugs in einem schwierigen Verhältnis mit der zunehmenden Einwanderung aus ehemaligen Kolonialterritorien wie aus den neuen Staaten Indien und Pakistan, aus Territorien auf dem Weg in die Unabhängigkeit wie den karibischen Inseln oder – wie in Frankreich während des Algerienkonflikts – vom Schauplatz eines kolonialen Unabhängigkeitskriegs. Dabei widersprach der in den ›Mutterländern‹ angesichts der Einwanderung aufkommende Wunsch nach territorialer Abgrenzung immer den öffentlichen Bekräftigungen der Zusammengehörigkeit von Mutterland und Kolonie, wie sie noch in den späten vierziger Jahren zu vernehmen waren. Die unkomplizierte Zugänglichkeit der metropolen staatsbürgerlichen Rechte für die Bewohner der Kolonialgebiete spielte dabei eine wichtige Rolle.

### *Großbritannien, Schmelztiegel des Commonwealth*

In Großbritannien wurde mit dem Nationality Act von 1948 ein derartiges Signal der Verbundenheit gesendet. Das Vereinigte Königreich schrieb hierin für sein eigenes Territorium eine Politik der Freizügigkeit fest, die in den Mitgliedsländern des »Old Commonwealth« bereits nicht mehr galt.<sup>10</sup> Dort waren jeweils schon bald nach den Staatsgrün-

6 Vgl. *Adrian Favell*, *Philosophies of Integration. Immigration and the Idea of Citizenship in France and Britain*, Basingstoke 1998; *Rogers Brubaker*, *Staatsbürger. Deutschland und Frankreich im historischen Vergleich*, Hamburg 1994; *Gérard Noiriel*, *Population, immigration et identité nationale en France, XIXe-XXe siècle*, Paris 1992; *David Cesarani/Mary Fulbrook* (Hrsg.), *Citizenship, Nationality and Migration in Europe*, London 1996.

7 Vgl. insb. ebd., und *Brian Jenkins/Spyros A. Sofos* (Hrsg.), *Nation and Identity in Contemporary Europe*, London 1996.

8 *James Hollifield*, *Offene Weltwirtschaft und nationales Bürgerrecht. Das liberale Paradox, in: Dietrich Thränhardt/Uwe Hunger* (Hrsg.), *Migration im Spannungsfeld von Globalisierung und Nationalstaat*, Wiesbaden 2003, S. 35–57.

9 *Eric Hobsbawm*, *Nationen und Nationalismus*, Frankfurt am Main 1991, S. 195 f.

10 *Inke Sturm-Martin*, *Zuwanderungspolitik in Großbritannien und Frankreich. Ein historischer Vergleich (1945–1962)*, Frankfurt am Main/New York 2001, S. 129 f.

dungen selektive Zuwanderungsbestimmungen mit rassistisch motivierten Auswahlkriterien eingeführt worden. Nur das Mutterland selbst behielt eine bedingungslose Freizügigkeit für »British subjects« bei, für Bewohner von Kolonien und ehemaligen Kolonien, und bekräftigte damit auch seinen Sonderstatus innerhalb des Commonwealth. Die Folgen dieser Freizügigkeit waren zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Gesetzes kaum absehbar, im Blick waren zunächst die Auswanderer aus dem Vereinigten Königreich in die Dominions sowie die britisch-stämmige Bevölkerung dieser ehemaligen Siedlerkolonien. Deren andauernde, für den britischen Einfluss bedeutende Loyalität basierte in der Beurteilung der Regierung Attlee wesentlich auf der garantierten Rückkehrmöglichkeit ins Mutterland. Erst zu Beginn der fünfziger Jahre fühlte sich die Regierung Churchill durch das Freizügigkeitsgesetz von 1948 eingeschränkt, als über Maßnahmen nachgedacht wurde, mit denen der stetig wachsenden Zuwanderung aus der Karibik begegnet werden könne. Wie stark das imperiale Bewusstsein zu diesem Zeitpunkt die Diskussion über die Einwanderung prägte, zeigen die Protokolle des mit dem Thema Zuwanderung befassten Komitees. Stets wurde die Wirkung potentieller Maßnahmen hinsichtlich der karibischen Zuwanderung auf die Gemeinschaft des Commonwealth genau bedacht. Die »vorgestellten« Eigenschaften britischer imperialer Identität wurden dabei wie folgt umrissen:

»It [die Beschränkung der Freizügigkeit] has little meaning to the vast majority of the citizens of e.g. India, Pakistan or the West African territories. Further, it may well be argued that a large coloured community as a noticeable feature of our social life would weaken the sentimental attachment of the older self-governing countries to the United Kingdom. Such a community is certainly no part of the concept of England or Britain to which people of British stock throughout the Commonwealth are attached.«<sup>11</sup>

Dieses rassistische Verständnis von Zugehörigkeit verschwand erst sehr allmählich seit den späten fünfziger Jahren aus den schriftlichen Dokumenten der Regierungen. Lange bezogen sich alle offiziellen Verlautbarungen der Regierung zum »Problem« der Zuwanderung auf die Tradition des Vereinigten Königreichs als Mutterland eines Kolonialreichs, schnell kam die britische Identität ins Spiel und ist wie selbstverständlich (lange vor dem Bewusstwerden einer *invented tradition*) mit dem Empire verwoben. Vokabeln wie »Loyalität« und »Sentiment« wurden für die Bindung und Bedeutung von Commonwealth und Colonial Territories zitiert. Ein Staatssekretär aus dem Innenministerium, David Renton, erklärte im Dezember 1958 vor dem House of Commons,

»this country is proud to be the centre of an inter-racial Commonwealth which, my Hon. Friend agrees, is the greatest assortment of peoples of all races, creeds and colours the world has ever seen. As a result of that, we have always allowed any of the people in what was the Empire and is now the Commonwealth to come to this country and to go from it as they please.«<sup>12</sup>

Zu diesem Zeitpunkt war allerdings der souveräne imperiale Stolz, der hier beschworen werden sollte, bereits angegriffen. Dabei blieben für die Wähler die Folgen der Dekolonisierung, die zögerliche politische und wirtschaftliche Annäherung an den gern mit Distanz betrachteten Kontinent oder die abnehmende wirtschaftliche Bedeutung auf internationaler Ebene zunächst noch abstrakt. Als konkreter und sichtbarer Ausdruck dieser Entwicklungen galt die postkoloniale Zuwanderung. Da aber die traditionelle Whig-Definition imperialen Nationalbewusstseins durch den Zuzug kolonialer Einwanderer, die ihren Anspruch auf britische Staatsbürgerschaft geltend machten, in Frage gestellt wurde, wurden die neuen Einwanderer zu Sündenböcken für den Verlust imperialer Geltung. Die

11 Report of the Working Party on coloured people seeking employment in the United Kingdom, 17.12.1953, S. 12, The National Archives, CO 1032/119.

12 Zit. nach *Ira Katznelson, Black Men, White Cities. Race, Politics and Migration in the United States, 1900–30, and Britain, 1948–68*, Chicago 1976, S. 127; Hansard H. of C., 5.12.1958, Vol. 596, col. 1579–1580.

Verunsicherung traf auch eine andere als britisch empfundene Tradition, die der unkomplizierten Aufnahme von Flüchtlingen vom Kontinent.<sup>13</sup> Die Folge war ein belastetes Verhältnis der Aufnahmegesellschaft zu den neuen Einwanderern, das die Aufnahme und Integration erheblich verkomplizierte.

### *Migrationskontinent Europa*

Während sich die britische Gesellschaft in der Auseinandersetzung mit der »colonial migration« seit den fünfziger Jahren mit den veränderten Bezugsrahmen ihrer Identität vertraut machte und die französische Gesellschaft zwischen europäischem Engagement und (post)kolonialen Unabhängigkeitskriegen neue Definitionen der Zugehörigkeit suchte und in unterschiedlicher Weise in Auseinandersetzung mit den ansässigen Minderheiten fand, war die internationale Migration außerhalb von Großbritannien und Frankreich in europäischen Ländern zu diesem frühen Zeitpunkt kein prominenter Gegenstand öffentlichen Interesses. Viel bedeutender und gesellschaftlich prägend waren für einige Länder die substantiellen Binnenmigrationen, die in diesem Zeitraum stattfanden. So unterschiedlich Umfang und Motive dieser Wanderungen, so vergleichbar sind die gesellschaftlichen Folgen wie beispielsweise eine zunächst ablehnende Haltung gegenüber den Neuankömmlingen durch die ansässige Bevölkerung einerseits und die gezielte Sympathiewerbung zur Erleichterung der gewünschten wirtschaftlichen Integration andererseits.<sup>14</sup> Die Wanderung von Millionen von Südtalienern aus dem Mezzogiorno in den industrialisierten Norden war seit den sechziger Jahren Anlass zu kritischen Diskussionen über die gesellschaftliche Integration der wirtschaftlich so verschiedenen Regionen des vergleichsweise jungen Nationalstaats. Die wirtschaftliche Integration der Millionen deutschen Vertriebenen und Flüchtlinge war in der Bundesrepublik bis in die späten fünfziger Jahre hinein ein bedeutendes innenpolitisches Thema. Bis zum Ende des Kalten Krieges blieb die Migration von Deutschen und Deutschstämmigen in die Bundesrepublik relevant; als Aussiedler und Spätaussiedler aus Osteuropa kamen seit 1950 fünf Millionen, als »Republikflüchtlinge« aus der DDR kamen seit der Staatsgründung 1949 rund drei Millionen Personen in die Bundesrepublik. Auch die Umsiedlung oder Flucht europäisch-stämmiger Staatsbürger Frankreichs und der Niederlande nach der Unabhängigkeit der jeweiligen Kolonialterritorien wurden von den Regierungen der Aufnahmeländer als Binnenmigration behandelt. Nach Ende des Algerienkriegs verließen fluchtartig eine Million der sogenannten *Pieds Noirs*, Angehörige der französischstämmigen Minderheit, den neuen nordafrikanischen Staat und wurden in Frankreich unter erheblichem Aufwand angesiedelt und integriert, ähnlich wie bei der Rückführung von 300.000 niederländisch-stämmigen Bewohnern aus Niederländisch-Ostindien und Neu Guinea zwischen 1946 und 1958 in die Niederlande. In den Wachstumsdemokratien des nördlichen Europas rückten die angeworbenen ausländischen Arbeitskräfte zunehmend auf die unbeliebten, schlecht bezahlten Arbeitsstellen nach, die von einer aufstrebenden, immer besser ausgebildeten einheimischen Gesellschaft vakant zurückgelassen wurden.

13 David Cesarani, The Changing Character of Citizenship and Nationality in Britain, in: Cesarani/Fulbrook, *Citizenship*, S. 57–73, hier: S. 61. Vgl. auch Imke Sturm-Martin/Karen Schönwälder, *Offenheit und Abgrenzung: Großbritanniens Umgang mit Einwanderern und Minderheiten*, in: dies. (Hrsg.), *Die britische Gesellschaft zwischen Offenheit und Abgrenzung. Einwanderung und Integration vom 18. bis zum 20. Jahrhundert*, Berlin 2001, S. 9–16.

14 Salvatore Palidda, *Émigration et immigration dans les changements politiques de la société italienne*, in: Clelia Caruso/Jenny Pleinen/Lutz Raphael (Hrsg.), *Postwar Mediterranean Migration to Western Europe, La migration méditerranéenne en Europe occidentale après 1945*, Frankfurt am Main/Berlin etc. 2008, S. 103–124; Andreas Kossert, *Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945*, München 2008.

Die Migration aus der Karibik und aus Südasien konnte für Großbritannien die im übrigen expandierenden Europa verbreitete Arbeitskräfterekrutierung in südeuropäischen Ländern nahezu vollständig ersetzen. In Frankreich waren dagegen beide Phänomene gleichzeitig zu beobachten. Wie in der Bundesrepublik, Schweiz, Schweden, Belgien und in den Niederlanden absorbieren auch in Frankreich die expandierenden Industrien der *trente glorieuses* problemlos Arbeitskräfte aus Südeuropa. Gleichzeitig erlebte das Land das Anwachsen der nordafrikanischen Minderheit.

#### *Frankreich, Schmelztiegel Europas*

In Frankreich war die binneneuropäische Einwanderungspolitik immer auch eine bevölkerungspolitische Strategie. Die betonte Förderung nicht nur der Rekrutierung in den Nachbarländern, sondern auch der dauerhaften Ansiedlung und Naturalisierung der angeworbenen Arbeitskräfte war eine logische Folge dieser Politik. »Après les grandes épreuves qu'il a subies et afin de conserver son rang de grande nation, notre pays doit pouvoir compter sur une population nombreuse et active«, heißt es in einem Rundschreiben des Innenministers an die Präfekten von 1947, die niedrige Geburtenrate sowie die Verluste durch den Krieg forderten als Ausgleich »[u]ne large politique d'immigration et de naturalisation«. <sup>15</sup> Zu diesem Zeitpunkt waren schon wesentliche Weichen der Einwanderungsförderung gestellt. Bereits während der provisorischen Regierung war von Charles de Gaulle ein Komitee zur Bevölkerungsplanung eingesetzt worden. <sup>16</sup> Zu Beginn des Jahres 1945 nahm eine interministerielle Kommission für die Entwicklung einer neuen Einbürgerungsgesetzgebung ihre Arbeit auf. <sup>17</sup> Die im November 1945 verabschiedete Reform der Ausländergesetzgebung sah ein wesentlich erleichtertes Einbürgerungsverfahren vor sowie die Herabsetzung der Anforderungen für Einreise und Aufenthalt. <sup>18</sup> Die mit der Umsetzung einer entsprechenden Einwanderungspolitik betraute Behörde, das »Office National d'Immigration«, konnte allerdings ihre Monopolfunktion auf dem Arbeitsmarkt angesichts einer umfangreichen spontanen Arbeitskräftezuwanderung nicht halten und verlor schnell an Bedeutung. <sup>19</sup>

Während in den späten vierziger Jahren die Bundesrepublik mit der Arbeitslosigkeit nach der Währungsreform und der Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen zu kämpfen hatte, während auch die Niederlande und Italien einen Arbeitskräfteüberschuss abbauen mussten, knüpfte Frankreich an die seit den dreißiger Jahren unterbrochenen Migrationsnetzwerke an und warb um Einwanderer. Die bevölkerungspolitische Strategie der dauerhaften Integration betraf mithin nur Einwanderer aus europäischen Nachbarländern. Die wirtschaftlich nicht minder bedeutende Migration aus Nordafrika wurde in diese Planungen nicht miteinbezogen. Ähnlich wie in Großbritannien wurde auch in Frankreich nach Ende des Zweiten Weltkriegs und angesichts der bröckelnden imperialen Bande und der Unabhängigkeitsbestrebungen in Algerien die Zugehörigkeit bekräftigt. Alge-

15 Circulaire du 23 avril 1947 relative à l'instruction des demandes de naturalisation. Le ministre de la santé publique et de la population à messieurs les préfets et messieurs les directeurs départementaux de la population (pour information). Paris, le 23 avril 1947, Archives Nationales, F 60/499.

16 Alger, le 11 mai 1944, unterzeichnet von Charles de Gaulle u. a., in: Journal officiel (J. o.), 20.5.1944.

17 Vgl. J. o., 19.3.1945; J. o., 10.4.1945; J. o., 6.5.1945; J. o., 19.6.1945.

18 Vgl. Art. 3., Ordonnance no. 45-2658 du 2 novembre 1945 relative à l'entrée et au séjour des étrangers en France, in: J. o., 2.11.1945. Die Gültigkeit erstreckt sich auf Algerien: »L'expression »en France«, au sens de la présente ordonnance s'entend du territoire métropolitain et de l'Algérie.«

19 Vincent Viet, La France immigrée. Construction d'une politique 1914-1997, Paris 1998, S. 292-295.

rien wurde zum ›integralen‹ Teil Frankreichs erhoben, im September 1947 mit der Verleihung der französischen Staatsbürgerschaft an alle Bewohner Algeriens auch deren Einreise- und Niederlassungsfreiheit auf dem Metropolterritorium festgelegt. Während auch bei der Migration aus Nordafrika auf Netzwerke der Vorkriegszeit zurückgegriffen werden konnte, erwies sich der neue Sonderstatus algerischer Arbeiter nicht immer als vorteilhaft. Algerische Arbeitskräfte galten seit dem Statut von 1947 als Teil der nationalen Arbeitskraft und waren damit den europäischen Zuwanderern rechtlich vorzuziehen. In der Praxis ließ sich bei vielen Arbeitgebern eine umgekehrte Präferenz beobachten, die Durchsetzung des Vorzugsprinzips erwies sich als mühsam. In einem Pilotprojekt im Département Moselle, neben Paris, Lyon und dem Département Nord Hauptanlaufpunkt der algerischen Zuwanderer, wurde 1955 die Zahl der Vertragsabschlüsse mit europäischen Zuwanderern auf die Zahl gleichzeitig rekrutierter Algerier beschränkt. Die Erwartungen an das Projekt wurden nicht erfüllt, weder ließ sich auf diese Weise die bestehende Arbeitslosigkeit unter den Algeriern in Frankreich, noch die spontane und unkontrollierte Zuwanderung verhindern.<sup>20</sup> Die Situation verschlimmerte sich nach 1955, als der Algerienkrieg die Akzeptanz der nordafrikanischen Einwanderer durch die ansässige Bevölkerung weiter erodierte und die Regierung hinsichtlich der algerischen Minderheit in Frankreich eine ambivalente Politik zwischen Toleranzappellen und speziellen Überwachungsmaßnahmen führte.<sup>21</sup>

Mit der Unabhängigkeit Algeriens änderte sich 1962 der Rechtsstatus der algerischen Einwanderer in Frankreich. »En 1958 il s'agissait de permettre l'intégration sociale et politique dans la vie métropolitaine de 320.000 citoyens français de droit; en 1963 c'est un groupement de 480.000 étrangers«, fasste 1963 ein Bericht aus dem Innenministerium in zugespitzter Formulierung zusammen. Herauszulesen ist hier weniger die tatsächliche Rechtsituation, die durch zahlreiche Übergangsregelungen gerade hinsichtlich der Staatsbürgerschaft nicht dem hier so drastisch gezeichneten Schnitt entsprach, sondern eine verbreitete Einstellung, nach der die Staatsbürgerschaft ganz ohne Einfluss bleibt auf die Beurteilung des ›Fremden‹.<sup>22</sup>

### III. DIE ERFINDUNG DER MINDERHEITENPOLITIK

Die Einschränkung der Zugangsmöglichkeiten zur metropolen Staatsbürgerschaft für ehemals kolonialpolitisch definierte ›sujets‹ oder ›subjects‹ erfolgte sowohl in Frankreich als auch im Vereinigten Königreich seit den sechziger Jahren allmählich, in kleinen Schritten wurden die Bindungen der Vergangenheit gelockert und schließlich durchtrennt. Die Grundlagen dafür entstanden in Großbritannien nach langwierigen Auseinandersetzungen in den späten fünfziger Jahren als Teil eines neuen Bewusstseins der Unumkehrbarkeit des Dekolonisationsprozesses. Beide Länder beendeten die Einwanderungsmöglichkeiten dieser Bevölkerungsgruppen durch die Abschaffung der kolonialen und postkolonialen Privilegien seit den sechziger Jahren. Sie wurden damit ihren europäischen Nachbarn ähnlicher, aber sie hatten einen bedeutenden zeitlichen Vorsprung in der Konfrontation, teilweise auch in der Auseinandersetzung mit den Themen Identität, Einwanderung und Minderheiten.

20 Arrêté vom 26.7.1949, nach dem Ausländer nur mangels französischer Arbeiter eingestellt werden dürfen; vgl. *Les Travailleurs Algériens en France*. Par Andrée Michel. Travaux du centre d'études sociologiques. CNRS 1956, S. 59, Archives Nationales, F1A 5017.

21 Pressekonferenz von Emile Pelletier am 12.9.1958, Archives Nationales, F1A 5055.

22 Bilan des réalisations effectuées au cours des dix huit mois du gouvernement présidé par M. Pompidou et récapitulation des résultats obtenus de 1958 à 1964 [sic], 28.11.1963, Archives Nationales, F1A 5055.

In der Annäherung der beiden ehemaligen Kolonialmächte an einen europäischen ›Mainstream‹ verwischte sich auch die in beiden Ländern rechtlich zunächst vollzogene Trennung zwischen der außereuropäischen, ›postkolonialen‹ Einwanderung und den Einwanderergruppen aus Europa. In Großbritannien schloss man noch im ersten Gesetz zur Beschränkung der Einwanderung, dem Commonwealth Immigrants Act von 1962, die Iren als zu diesem Zeitpunkt noch größte Gruppe der Einwanderer bewusst aus. In Frankreich stritten sich in den ersten Nachkriegsjahren die Bevölkerungspolitiker und die Wirtschaftsplaner über die Anwendbarkeit ethnischer Hierarchien bei der Rekrutierung von Arbeitskräften aus Europa.<sup>23</sup> Hier überwogen recht bald die Notwendigkeiten des Arbeitsmarktes, und die Einrichtung eines Migrationsamts für die drei Überseedépartements 1963, das die Rekrutierung für den öffentlichen Sektor der Metropole und die dauerhafte Ansiedlung in Frankreich von Auswanderern aus Réunion, Martinique und Guadeloupe organisieren sollte, ist ein typisches Beispiel des republikanisch-bürokratischen Ansatzes der französischen Migrationspolitik. Als intensiv betreute interne Migration blieb die Wanderung aus den Überseedépartements im behördlichen wie im öffentlichen Blick weitgehend »invisible«.<sup>24</sup> Dieser migrationspolitische Ansatz fand bei der nordafrikanischen Migration allein aufgrund des deutlich größeren Wanderungsvolumens keine Anwendung. Doch aus der Ausdehnung der französischen Staatsgrenzen bis in die Karibik folgte auch die Forderung nach Assimilation der Bewohner der Überseedépartements unabhängig von ihrem Aufenthaltsort. Die nordafrikanische Minderheit sah sich trotz der unterschiedlichen Rechtssituation einem ähnlichen Assimilationsdruck ausgesetzt.

In den sechziger Jahren entwickelten sich in den beiden hier näher betrachteten westeuropäischen Ländern unterschiedliche Grundzüge einer Minderheitenpolitik. Ein regelrechter Gegensatz entstand zwischen der französischen Assimilationsforderung und dem britischen Anspruch einer Toleranz der Andersartigkeit. Mit der Einführung der Politik der »race relations« in den sechziger Jahren, einem Maßnahmenpaket gegen Diskriminierung, das die Idee der praktizierten Toleranz ethnischer Diversität über die Verleihung von Gruppenrechten zur Grundlage hatte, ist Großbritannien Vorreiter in der Geschichte der europäischen Minderheitenpolitik. Die sozialwissenschaftliche Forschung hat neben dem Ansatz des Multikulturalismus, wie er im Konzept der »race relations« erscheint, noch zwei weitere Typen des Umgangs mit Minderheiten identifiziert: das Modell der Exklusion, wie T. H. Marshall es Japan und Deutschland zuschreibt, und das Modell der Assimilation, das Frankreich zugeschrieben wird, in dem entweder der Minderheit Anpassung an die Mehrheit abverlangt wird oder der Mehrheit die Toleranz der Andersartigkeit der Minderheit. Tatsächlich haben sich nicht erst durch die innereuropäische Angleichung Überschneidungen dieser vermeintlich klaren Kategorien ergeben. Deutlich werden sowohl die Trennlinien als auch die Schnittmengen unterschiedlicher europäischer Modelle am Zugang zur Staatsbürgerschaft und damit zur uneingeschränkten politischen und sozialstaatlichen Partizipation. Dabei ähneln sich die europäischen Länder in den hohen Anforderungen, die für die Gewährung von politischer Partizipation gestellt werden. Die Zugehörigkeit zur europäischen Gesellschaft als passiv und aktiv wahlberechtigter Bürger wurde in allen europäischen Ländern erst nach Jahren der nachgewiesenen Ansässigkeit erteilt und damit als Prämie für die erfolgreich abgeschlossene Integration. Im Gegensatz dazu steht die Praxis in manchen ›alten‹ Einwanderungsländern wie etwa Kanada, wo die rasche Verleihung der Staatsbürgerschaft an neue Einwanderer als wichtiges Element im Prozess der Integration angesehen wird.

23 Patrick Weil, *La France et ses étrangers. L'aventure d'une politique d'immigration de 1938 à nos jours*, Paris 1991, S. 54 f.

24 Margaret Byron/Stéphanie Condon, *Migration in Comparative Perspective. Caribbean Communities in Britain and France*, New York 2008, S. 232 ff.

*Europäisierung des Diskurses*

Die innereuropäische Angleichung der Staatsbürgerschaftsgesetze entstand seit den neunziger Jahren als Folge der institutionellen Integration innerhalb der EU. Frankreich und Großbritannien reformierten ihre nationalen Staatsbürgerschaftsgesetze auf die europäische Passform hin, letzte imperial begründete Sonderregelungen wurden getilgt. Die mit dem Maastrichter Vertrag von 1992 eingeführte »europäische« Staatsbürgerschaft schuf neue Trennlinien zwischen EU-Bürgern und Nicht-EU-Bürgern, und während die unterschiedlichen Herleitungen der nationalen Gesetzgebungen zur Staatsbürgerschaft ihre Bedeutung für bevölkerungspolitische, militärstrategische oder kolonialpolitische Zwecke einbüßten, gewann die Teilhabe an sozialstaatlichen Netzwerken einen immer höheren Stellenwert.<sup>25</sup> Doch in den ersten Jahrzehnten der Nachkriegszeit bestimmten die unterschiedlichen Traditionen der Zugehörigkeit noch sehr deutlich den Diskurs über Einwanderung und Minderheiten.

Auch an Gegenstand und Interesse des öffentlichen Diskurses über Einwanderung und Minderheiten war eine allmähliche Europäisierung zu beobachten. Die seit den siebziger Jahren beginnende Angleichung der europäischen Länder betraf neben der Zusammensetzung der Minderheiten auch die Reaktionen der Aufnahmegesellschaften. Auch hier hatten Frankreich und Großbritannien mit der Ausgestaltung der öffentlichen Diskurse zum Thema und mit ihren frühen, spezifischen Ansätzen der Minderheitenpolitik einen zeitlichen Vorsprung vor ihren europäischen Nachbarn. Was später die europäischen Institutionen leisteten, in dem sie gegen die »Abwehrreflexe nationaler Bürokratien«<sup>26</sup> die Interessen der europäischen Binnenwanderer gerade hinsichtlich ihrer sozialstaatlichen Rechte in den Mitgliedsstaaten durchsetzten, das vollzog sich in vergleichbarer Weise in den postkolonialen Metropolen als Aufnahmeländer einer Binnenmigration aus schrumpfenden Kolonialreichen und den wachsenden Netzwerken von *Union française* oder *Commonwealth*.

Die Reaktionen der nationalen Gesellschaften in Europa auf die (nicht immer neue) Diversität in der Nachkriegszeit zeigten seit den siebziger Jahren deutliche Kongruenzen. Europäische Ähnlichkeiten waren in gesellschaftlichen Abwehrreaktionen zu finden, im Aufstieg von Rechtsparteien mit fremdenfeindlicher Programmatik beispielsweise, als »organized nativist backlash«<sup>27</sup>. Der politische Erfolg des 1972 gegründeten französischen *Front National* erklärt sich aus der populistischen Verwertung der Themen Einwanderung und Minderheiten, wie sie ähnlich bei der italienischen *Lega Nord* (gegründet 1991) und der *Dansk Folkeparti* in Dänemark (gegründet 1995) bis zur niederländischen »*Partij voor de Vrijheid*« (gegründet 2006) zu beobachten sind. Wie groß die Zustimmung

25 *Sturm-Martin*, *Zuwanderungspolitik*, S. 119–150; zu langfristigen Kontinuitäten im britischen Konzept des »citizenship« siehe auch *Julia Stapleton*, *Citizenship versus Patriotism in Twentieth Century England*, in: *The Historical Journal* 48, 2005, S. 151–178; zu Frankreich vgl. *Patrick Weil*, *Qu'est-ce qu'un Français? Histoire de la nationalité française depuis la Révolution*, Paris 2002; *Gérard Noiriel*, *État, nation et immigration. Vers une histoire du pouvoir*, Paris 2001; *Dominique Colas*, *Citoyenneté et nationalité*, Paris 2000; zu langfristigen Veränderungen im internationalen Vergleich vgl. *Andreas Fahrmeir*, *Citizenship. The Rise and Fall of a Modern Concept*, New Haven/London 2007, S. 166–201; die Gegenwart betrachten *Ruud Koopmans/Paul Statham/Marco Giugni* u. a., *Contested Citizenship. Immigration and Cultural Diversity in Europe*, Minneapolis 2005.

26 *Lutz Raphael*, *Europäische Sozialstaaten in der Boomphase (1948–1973). Versuch einer historischen Distanzierung einer »klassischen Phase« des europäischen Wohlfahrtsstaats*, in: *Hartmut Kaelble/Günther Schmid* (Hrsg.), *Das europäische Sozialmodell. Auf dem Weg zum transnationalen Sozialstaat (WZB-Jahrbuch)*, Berlin 2004, S. 51–74, hier: S. 69.

27 *Anthony M. Messina*, *The Logics and Politics of Post-WWII Migration to Western Europe*, Cambridge 2007, S. 54–96.

europäischer Wähler zu xenophoben Parolen ausfallen kann, zeigten die Wahlen zum Europa-Parlament von 2009, wo abgesehen vom Front National (6,3 %) außer den genannten Parteien auch die FPÖ in Österreich und die fremdenfeindliche Jobbik-Partei in Ungarn auf zweistellige Prozentanteile der abgegebenen Stimmen kamen. Wiederum in fast europaweiter Übereinstimmung finden sich als Reaktion auf derartige Parteiprogramme auch zivile Bewegungen der Gegenrichtung und zunehmend Interessenorganisationen der Minderheiten selbst. Oft formiert sich die Wahrnehmung und Akzeptanz der Minderheiten als Akteure und nicht primär als Opfer erst im Rahmen der öffentlichen Auseinandersetzung. Auch hier stehen Frankreich, Großbritannien und die Niederlande am Beginn der Entwicklung. Die »particular mixture of paternalism and guilt that describes these countries' postcolonial hangovers«<sup>28</sup> wurde besonders sichtbar in der frühen Bereitstellung besonderer Hilfen beispielsweise durch die Kirchen oder die 1976 gegründete »Commission for Racial Equality« in Großbritannien oder der 1984 gegründeten »SOS Racisme« in Frankreich, deren »paternalistischer« Charakter erst in jüngerer Zeit von ethnischen Organisationen in Frage gestellt wurde.<sup>29</sup>

Migration veränderte die europäischen Gesellschaften bis in die siebziger Jahre hinein auf national unterschiedliche Weise. Erst mit dem Einschnitt der Wirtschaftskrise der frühen siebziger Jahre begann ein europäisch übergreifender Angleichungsprozess hinsichtlich der Migrationsgeschichte. In den Rekrutierungsländern wurden keine Anwerbemaßnahmen mehr durchgeführt, und nun richtete sich der Blickwinkel auf die ansässigen Minderheiten, eine Perspektive, die in Frankreich und Großbritannien bereits in den sechziger Jahren stark im Vordergrund stand. Die siebziger Jahre markieren auch den Beginn des wirtschaftlichen Aufschwungs der südeuropäischen Länder, der diese Auswanderungsnationen innerhalb von zwei Jahrzehnten ebenfalls zu Einwanderungsländern werden ließ. Schließlich verlagerten sich als Folge der wirtschaftlichen Angleichung innerhalb Europas seit den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts die Herkunftsregionen auf außereuropäische Bereiche. Auch die ehemaligen Auswanderungsländer wurden allmählich zu Einwanderungsländern, und auch die Länder, die nach dem Zweiten Weltkrieg keine postkolonialen Mobilitätsversprechen eingegangen sind, erleben jetzt eine außereuropäische Zuwanderung. Ganz Europa holt migrationshistorisch nach, was Großbritannien und Frankreich bereits vormachten.

In den frühen siebziger Jahren begann die Wanderungsbilanz der südeuropäischen Länder zu kippen. Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg war noch die Hälfte der italienischen Auswanderer nach Übersee ausgewandert. Nach 1955 blieben die meisten italienischen Einwanderer in Europa. Der Rekrutierungsstopp der frühen siebziger Jahre betraf genau die europäischen Länder, in denen viele italienische Auswanderer arbeiteten, Italien wurde – als erstes der ehemaligen Auswanderungsländer – zum Einwanderungsland.<sup>30</sup> Ähnliche Entwicklungen begannen in Spanien und Portugal erst nach »Transición« und Nelkenrevolution. In erstaunlicher zeitlicher Kongruenz vollzogen die »alten« Wachstumswirtschaften, die das *Golden Age* geprägt haben, die Einstellung der Arbeitskräfte-rekrutierung in Südeuropa. Auf der Westseite des Eisernen Vorhangs entwickelte sich die zunehmende wirtschaftliche Angleichung von diesem Zeitpunkt an unter Einschluss der südeuropäischen Länder, mit wichtigen Auswirkungen auf die Migrationsgeschichte in Europa. Die ehemaligen Entsendeländer Italien, Portugal, Spanien und Griechenland näherten sich mit steigenden Wachstumsraten der Volkswirtschaften und verlangsamtem Bevölkerungswachstum tendenziell den nordeuropäischen Ländern an. Während die zentral gesteuerte Arbeitskräftemigration von Süd nach Nord versiegte, änderte sich das Mi-

28 Koopmans/Statham/Giugni u. a., *Citizenship*, S. 15.

29 Beispiele aus verschiedenen europäischen Ländern versammelt Wendy Pojmann (Hrsg.), *Migration and Activism in Europe since 1945*, New York 2008.

30 Palidda, *Emigration et immigration*, S. 114–121.

grationsvolumen nach dem Rekrutierungsstopp durch den erheblich ausgeweiteten Familiennachzug nur geringfügig. Alle europäischen Gesellschaften wurden allmählich zu Aufnahmegesellschaften, in denen eingewanderte Minderheiten leben.<sup>31</sup> Die Minderheitensituation in einzelnen europäischen Ländern verliert dabei zusehends an national geprägten Besonderheiten. Noch in den fünfziger und sechziger Jahren war beispielsweise die außer-europäische Herkunft der Zuwanderung auf die Gruppe der ehemaligen Kolonialmächte beschränkt. Dieses Merkmal besitzt kaum noch Unterscheidungskraft, da sich mit dem Verschwinden der Alpen-Pyrenäen-Trennlinie die Herkunftsregionen der Migrationen in die anderen europäischen Länder ausdehnten und immer weiter diversifizierten.

#### IV. EUROPÄISIERUNG IN GLOBALER PERSPEKTIVE

Im Zuge der innereuropäischen Annäherung, die alle Länder des alten Westeuropas zu Einwanderungsländern mit wachsenden Anteilen ausländischer Bevölkerungen werden ließ, ist Europa auch den »traditionellen« Einwanderungsländern, von denen es sich bisher abgegrenzt hatte, ähnlicher geworden. Europa ist als Kontinent zum Einwanderungsziel geworden und steht damit in ungewollter Konkurrenz zu den USA, Kanada oder Australien. Mit der »Vergemeinschaftung« des Themas innerhalb der EU-Institutionen wird Europa auch in immer weiteren Aspekten zur handlungsfähigen politischen Einheit in Fragen der Zuwanderung. Wenn Migration gleichzeitig als »Ursache, Teil und Folge«<sup>32</sup> der entstehenden Weltgesellschaft eingeordnet werden kann, welches sind dann die europäischen Wege im Bereich der gesellschaftlichen Ausgestaltung des multiethnischen Zusammenlebens?

Als die britischen Politiker in den fünfziger Jahren ihre Einwanderungspolitik gestalten, suchten sie Inspiration bei den Regelungen in den ehemaligen Siedlungskolonien, den »traditionellen« Einwanderungsländern; in den sechziger Jahren, als die Minderheitenpolitik umrissen wurde, ging der Blick in die USA der Bürgerrechtsbewegung. Die Orientierung am atlantischen Beispiel, nicht an Europa, ist typisch für das Großbritannien dieser Zeit, das sich jedoch ebenso wenig wie die anderen europäischen Länder als Einwanderungsland definierte. Lediglich die Minderheitensituation wurde als ähnlich empfunden.

Angefangen bei den positiven Wanderungsbilanzen der europäischen Länder, über die ethnischen Siedlungskonzentration in den großen Städten, die professionelle Spezialisierung von Angehörigen bestimmter ethnischer Gruppen bis zu den Anzeichen ethnischer Unterschichtung können die Folgen der Nachkriegsmigration sowohl als Symptome der Annäherung in der Diversität unter den europäischen Ländern als auch als typische Charakteristika von Einwanderungsländern wie den USA, Kanada oder Australien eingeordnet werden. Der europäische Weg ist hier inmitten einer globalen Tendenz hin zu multinationalen, multiethnischen und globalisierten Gesellschaften nicht ganz leicht auszumachen. Für die Gegenwart hat die politikwissenschaftliche Forschung als wichtigstes europäisches Alleinstellungsmerkmal hinsichtlich der Einwanderung die Grenzen der politischen Einflussnahme diskutiert.<sup>33</sup>

31 Vgl. den konzisen Überblick bei *Triandafyllidou/Gropas*, *Immigration*, S. 2–6.

32 *Michael Bommers*, *Migration und die Veränderung der Gesellschaft*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 35–36, 2008, S. 20–25, hier: S. 21, URL: <<http://www.bpb.de/files/VZ5N WG.pdf>> [12.6.2009].

33 *Messina*, *Logics and Politics*; *Craig A. Parsons/Timothy M. Smeeding*, *What's Unique About Immigration in Europe?*, in: *dies.* (Hrsg.), *Immigration and the Transformation of Europe*, Cambridge/New York 2006, S. 1–29; *Andrew Geddes*, *The Politics of Migration and Immigration in Europe*, London 2003; *Randall Hansen*, *Citizenship and Immigration in Post-war Britain. The Institutional Origins of a Multicultural Nation*, Oxford 2000.

In historischer Perspektive zeigen sich darüber hinaus einige europäische Besonderheiten. Auch hier ist es insbesondere das imperiale Erbe der westeuropäischen Länder, das eine spezifisch europäische Pfadabhängigkeit begründet. Die langfristige Periodisierung der Einwanderungsgeschichte Europas unterscheidet sich grundsätzlich von Phasen, die für die USA, für Kanada oder Australien als klassische Einwanderungsländer beobachtet wurden. Das für diese Länder typische Dreiphasenmodell – Siedlungs- und Industrialisierungsmigration gefolgt von einer Phase restriktiver Einwanderungspolitik, die wiederum von erneut hohen Einwanderungsraten abgelöst wird – findet wenige Entsprechungen in der europäischen Migrationsgeschichte.<sup>34</sup> Zwar handelte es sich bei den Arbeitskräftewanderungen von Iren nach Großbritannien seit dem 19. Jahrhundert um Industrialisierungsmigrationen, ebenso wie bei den Migrationen von Polen aus den preußischen Ostprovinzen ins Ruhrgebiet vor dem Ersten Weltkrieg oder von Italienern nach Frankreich. Doch die in Westeuropa fehlende Siedlungsmigration, die bei aller Diversität der Migrationserfahrungen seit dem 19. Jahrhundert für die meisten europäischen Länder bestimmende Tendenz der Auswanderung – negative Migrationsbilanzen zeigen bis über die Mitte des 20. Jahrhunderts hinaus nicht nur die südeuropäischen Länder auf, sondern beispielsweise auch Großbritannien – und nicht zuletzt die Beharrlichkeit des Gedankenguts einer nationalen Homogenität sind europäische Kennzeichen, für die es in den Einwanderungsländern USA, Kanada und Australien keine Entsprechung gibt.

Europäische Besonderheiten zeigen sich in der Gegenwart insbesondere im gesellschaftlichen Umgang mit der Minderheitensituation, wie er sich typisch erstmals in den westeuropäischen Ländern mit kolonialer Vergangenheit abzeichnete. Auf die Entstehung von Einwanderervierteln in Stadtteilen von London und Manchester, von »Bidonvilles« am Rand von Paris seit den fünfziger Jahren wurde in beiden Ländern mit öffentlichen Wohnungsbau- und kommunalen Förderprogrammen reagiert. Doch über die sozialstaatliche Einflussnahme hinaus können am Beispiel der Enklavenbildung in Großstädten im globalen Vergleich nur schwer Merkmale einer spezifisch europäischen Situation identifiziert werden, tatsächlich scheint hier ein Phasenmodell zu passen, das sich an vielen Großstädten der Welt exemplarisch nachvollziehen lässt.<sup>35</sup> Die Bildung von Siedlungskonzentrationen in europäischen Großstädten, vorweggenommen auch hier von den frühen Nachkriegszuwanderern nach Großbritannien und Frankreich, ist ein Zeichen der Nivellierung von nationalen Unterschieden, so sehr ähneln sich die ethnischen Viertel in der globalen Stadt. Mit der Einordnung der konzentrierten Siedlungsweise in individuelle Einwanderungs- und Integrationsbiographien, als Symptom und Mitverursacher ethnischer Unterschichtung und geringer sozialer Mobilität haben sich Soziologen und Historiker seit den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts befasst und versucht, globale Gesetzmäßigkeiten zu entdecken. Seit dem Ringmodell der Chicago School hat es viele Ansätze gegeben, die Zusammenhänge von räumlicher und sozialer Mobilität zu entschlüsseln. In Einwanderungsgesellschaften wurde oft beobachtet, dass soziale Mobilität – verbunden mit der Emanzipation aus ethnisch definierten Berufsfeldern – oft erst in der dritten Generation möglich wird. Die ethnische Viertel und die ethnische Unterschichtung

34 Leo Lucassen/David Feldman/Jochen Oltmer, Immigrant Integration in Western Europe, Then and Now, in: *dies.* (Hrsg.), *Paths of Integration. Migrants in Western Europe (1880–2004)*, Amsterdam 2006, S. 7–23, hier: S. 16. Diachronische Vergleiche auch bei Marie-Claude Blanc-Chaléard, *Old and New Migrants in France. Italians and Algerians*, in: Lucassen/Oltmer/Feldman, *Immigrant Integration*, S. 46–62, oder Nancy Foner, *From Ellis Island to JFK. New York's Two Great Waves of Immigration*, New Haven 2000, sowie auch bei Katznelson, *Black Men*.

35 Vgl. Martin Baumeister/Imke Sturm-Martin, Stadt und Migration in Europa. Eine vielschichtige Beziehung, in: *Informationen zur modernen Stadtgeschichte* 2007, H. 2, S. 98–111; Imke Sturm-Martin, Die diskursive Konstruktion ethnischer Räume in westeuropäischen Großstädten. Ein historischer Blickwinkel, in: *Geographische Revue* 11, 2009, S. 69–82.

in Paris, Madrid oder London ist wie in Chicago, Sydney oder Dubai eines der typischen Charakteristika der globalen Stadt, wie Saskia Sassen sie definiert hat, und es lassen sich auch die verschiedenen Typen der Diasporas, wie Stéphane Dufoix sie voneinander abgrenzt, überall finden.<sup>36</sup>

Hierarchien der Akzeptanz verschiedener Einwanderergruppen durch die Aufnahmegesellschaften sind ebenfalls keine europäische Besonderheit. Anders als beispielsweise in den USA treten aber in Europa neben die Hautfarbe andere Bedingungsfaktoren für soziale Mobilität. Für Einwanderer aus Surinam, die seit den sechziger Jahren in die Niederlande kamen, war ihre niederländisch geprägte Schulausbildung Grund für die vergleichsweise unproblematische Aufnahme im »Mutterland«.<sup>37</sup> Die große Zahl der Variablen erschwert eine Ableitung von Gesetzmäßigkeiten aus dem diachronischen Vergleich. So lassen sich für die Gegenwart wohl kaum Schlüsse daraus ziehen, dass die deutschen Einwanderer in den USA, die mehrheitlich in den Jahrzehnten vor 1890 gekommen waren, noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts – also in der zweiten und dritten Generation – als separatistisch, traditionalistisch und in ihrem Lebensstil zu wenig angepasst kritisiert wurden.<sup>38</sup> Die gegenwärtigen Möglichkeiten von Abschottung in einer durch globale Medien geprägten Welt auf der einen Seite, von Aufnahme in eine selbst global geprägte Gemeinschaft auf der anderen lassen den diachronischen Vergleich schwierig werden. Nur ein Phänomen hat sich zuverlässig als Konstante erwiesen und ist auch in wirtschaftswissenschaftlichen Analysen aufgrund von Rechenmodellen bestätigt worden. Die Wahl des Migrationsziels richtet sich in den meisten Fällen nach dem Faktor der Anwesenheit vertrauter Personen am Zielort. Kettenmigration ist der wirkungsmächtigste und politisch kaum beeinflussbare Bestimmungsfaktor im Migrationsgeschehen.<sup>39</sup>

Die ersten karibischen Einwanderer der Nachkriegszeit waren Soldaten der Royal Army, die Europa im Zweiten Weltkrieg kennen gelernt und in Großbritannien Beziehungen geknüpft hatten. Die algerischen Migranten bildeten weitläufige Familiennetze, bei denen sich Angehörige saisonal ablösten. Bei aller Ähnlichkeit im Erscheinungsbild wird Diversität in alten und neuen Einwanderungsgesellschaften unterschiedlich interpretiert, der Blick der Eingewanderten auf ihr Aufnahmeland unterscheidet sich im Berliner Wedding erheblich vom dem in Korea Town in Toronto. Typisch europäisch ist vor allem die sehr lebhaft geführte Debatte über die Einwanderung und die Minderheiten in Europa, typisch europäisch vielleicht auch der späte Zeitpunkt der Einsicht, den Minderheiten selbst in dieser Debatte eine hörbare Stimme zuzugestehen.

## V. FAZIT

Die Veränderung der nationalen Gesellschaften in Europa durch Einwanderung ist ein gesamteuropäisches Phänomen. In zeitlicher Staffelung – und mit qualitativen Unterschieden – erlebten nach dem Zweiten Weltkrieg alle europäischen Länder den Wandel ihrer

36 Saskia Sassen, *Migranten, Siedler, Flüchtlinge. Von der Massenauswanderung zur Festung Europa*, Frankfurt am Main 1996; dies., *Economic Restructuring as Class and Spatial Polarization*, in: Saskia Sassen, *The Global City*, Princeton 1991, S. 251–326; Stéphane Dufoix, *Diasporas*, Berkeley 2008.

37 Lucassen/Oltmer/Feldman, *Immigrant Integration*, S. 17.

38 Walter D. Kamphoefner, *Deutsch-Amerikaner: Musterknaben der Einwanderung?*, in: Jochen Oltmer (Hrsg.), *Eingliederung und Ausgrenzung. Beiträge aus der Historischen Migrationsforschung*, Osnabrück 1999, S. 37–50.

39 Vgl. z. B. die Anwendung verschiedener sozialwissenschaftlicher Rechenmodelle in Alessandra Venturini, *Postwar Migration in Southern Europe, 1950–2000. An Economic Analysis*, Cambridge 2004, S. 48–93.

Migrationsbilanzen ins Positive und zeigen damit eine gemeinsame, europäische Tendenz als Teil einer europäischen Gesellschaftsgeschichte. Die europäische Migrationsgeschichte der Nachkriegszeit zeigt aber bei genauerem Hinsehen in ihrer Chronologie noch viel tiefer liegende europäische Wandlungsprozesse. Vorreiter sind die westeuropäischen Länder Frankreich und Großbritannien, die aufgrund ihrer besonderen Situation am Ende ihrer imperialen Phasen die überseeische Zuwanderung zunächst unter kolonialpolitischen Gesichtspunkten wahrnahmen. Das imperiale Erbe verlor erst seit den siebziger Jahren an Bedeutung, als gleichzeitig die Europäisierung der Gesellschaften und die Europäisierung des Migrationsgeschehens deutlich an Geschwindigkeit zulegen.

Für alle europäischen Gesellschaften und als typisch europäische Erfahrung vollzog sich in der Nachkriegszeit der Abschied von der Illusion der homogenen Nation als traumatischer Vorgang, mit xenophoben Ausschlägen des politischen Pendels. Das Bewusstsein der zwangsläufigen gesellschaftlichen Veränderung durch Zuwanderung wurde über Jahrzehnte negativ belegt und mitunter sogar tabuisiert. Dabei sind einige Gestaltungsmöglichkeiten für diesen gesellschaftlichen Veränderungsprozess, wie sie in manchen europäischen Ländern gegenwärtig entdeckt werden, in Frankreich und Großbritannien schon Jahrzehnte zuvor ausprobiert worden. Ob der chronologische Vorsprung von Frankreich und Großbritannien im Rahmen einer europäischen Nachkriegsmigrationsgeschichte einen Startvorteil bedeutete, hängt vom Urteil über die gegenwärtige Situation ab. Die Situation des fortdauernden Aushandelns eines konfliktarmen Miteinanders betrifft gleichermaßen alle europäischen Staaten, unabhängig von den nationalen historischen Traditionen zwischen Anpassung und Diversität.